

Deputation für Bildung Sitzungsprotokoll der 28. Sitzung (staatlich)			
18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 - 2015			
Sitzungstag 12. November 2014	Sitzungsbeginn 13:00 Uhr	Sitzungsende 13:45 Uhr	Sitzungsort Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12

Teilnehmende:

siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Umsetzung des Konzeptes zur Lösung der Haushaltsrisiken in 2014 L125/18
- TOP 3 Verschiedenes und Berichte

Top 1 Genehmigung der Tagesordnung

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Sie erläutert, dass es sich bei dem heutigen Termin um eine Sondersitzung handelt, da die zu erörternde Vorlage in zwei Tagen den Haushalts- und Finanzausschuss am Freitag, 14. November 2014 erreichen muss. Erste Überlegungen, die Vorlage im Rahmen einer Ferien-deputation zu besprechen, wurden verworfen. Auf Wunsch der CDU ist entschieden worden, eine Sondersitzung in den knappen Zeitraum nach den Herbstferien zu legen. Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt bedankt sich für die Bereitschaft zu dieser kurzfristigen Terminfindung.

Daran anschließend fragt sie ab, ob es Ergänzungen oder Änderungen bzgl. der Tagesordnung gibt. Herr Dr. vom Bruch kündigt daraufhin einen Punkt unter Verschiedenes an.

Die Deputation genehmigt die Tagesordnung nach Maßgabe dieser beiden Anliegen einstimmig.

TOP 2 Umsetzung des Konzeptes zur Lösung der Haushaltsrisiken in 2014

L125/18

Herr Staatsrat Kück und Frau Moning werden als Berichterstatter zu dem zu dem Verfahrensstand der Vorlage L125/18 genannt.

Herr Staatsrat Kück erläutert, dass der Senat in seiner Sitzung am 8. Juli 2014 vor dem Hintergrund der im Produktgruppencontrolling erwarteten Haushaltsrisiken und des Risikos aufgrund der zu klärenden Fragen im Zuge der bremischen Besoldungsanpassung eine sofortige haushaltswirtschaftliche Sperre nach § 41 Landeshaushaltsordnung erlassen hat. Der Senat hat die Senatorin für Finanzen gebeten, zur Sitzung des Senats am 30. September 2014 ein Konzept zur Lösung der Haushaltsrisiken 2014 sowie einen Verfahrensvorschlag für die haushaltsmäßige Umsetzung vorzulegen.

Herr Staatsrat Kück trägt vor, dass zu den zunächst rund 80 Millionen Euro Haushaltsrisiko etwa 30 Millionen Euro Mehrausgaben bei der Besoldungsanpassung hinzukommen würden. Nach ersten Anstrengungen seien immer noch rund 97 Millionen Euro bestehen geblieben.

Große Posten bei den Mehrbedarfen sind insbesondere der Ausbau der U3-Betreuung, Mehrausgaben bei den Sozialleistungen und erhebliche Mehrkosten durch die Zunahme bei den Flüchtlingszahlen im Haushalt der Sozialsenatorin.

Der Bildungshaushalt hat Mehrbedarfe bei der Schulsozialarbeit und bei den Assistenzleistungen sowie im Bereich der Zuschüsse an Privatschulen angemeldet, die insgesamt in Höhe von 6,128 Millionen Euro veranschlagt sind und die im Zuge der Maßnahmen direkt diesem Etat zu Gute kommen.

Herr Staatsrat Kück erklärt, dass diese Mehrbedarfe zum Teil auch über die Inanspruchnahme der sogenannten „konsumtiven Planungsreserve“ der Ressorthaushalte finanziert werden. Der Bildungshaushalt sei dabei in einer Höhe von 1,269 Millionen Euro beteiligt.

Diese Einsparungen werden durch die Verlagerung von investiven Maßnahmen in das kommende Haushaltsjahr 2015 sowie durch übrig gebliebene Mittel im Personalbereich erbracht. Die Beschäftigung von Lehrkräften wird damit nicht reduziert.

Herr Staatsrat Kück schließt mit dem Fazit ab, dass Bildung heute 1,269 Millionen Euro aus dem Haushalt abgibt, um dafür eine Deckung der Mehrbedarfe in Höhe von 6,128 Millionen Euro zu erhalten.

Ein weiterer positiver Nebeneffekt entstehe dadurch, dass der Bereich Bildung mit diesem Beschluss von den Bewirtschaftungsmaßnahmen des Senates wieder ausgenommen wird, d. h. die Haushaltssperre würde für den Bildungshaushalt aufgehoben.

Frau Vogt betont, dass sie der Vorlage nicht zustimmen wird. Sie gibt an, dass sich der Haushalt nach dem zentralen Finanzcontrolling besser entwickelt habe als geplant und somit hieraus eine Finanzierung der Mehrbedarfe erfolgen können. Der Senat habe dem Parlament falsche Zahlen vorgelegt. Sie erkundigt sich, ob die Maßnahmen an der Oberschule Ohlenhof unter die geplanten Einsparungen fallen.

Herr Dr. vom Bruch findet es misslich, dass in der Vergangenheit nach dem Prinzip „Sparen mit dem Rasenmäher“ vorgegangen worden sei, was sich nach seiner Auffassung nun auch in der Vorlage widerspiegele. Es handle sich um zusätzliche Einsparungen durch eine Verlagerung innerhalb des Ressorthaushalts. Die Zahlen von Bildung seien laut Herrn Dr. vom Bruch nicht mit Fakten unterlegt. Er könne nicht nachvollziehen, dass in der Vorlage von „freien Mitteln“ gesprochen werde. Insbesondere die in Aussicht gestellten Einsparungen bei den Energieausgaben stuft er als fragwürdig ein. In diesem Zusammenhang erkundigt er sich nach weiteren Risiken, beispielsweise beim Gastschulgeld. Er merkt an, dass es sich dabei um einkalkulierte Mehreinnahmen handle. Die Einnahmeerwartung betrachte er eher pessimistisch.

Herr Staatsrat Kück erwidert, dass steuerliche Mehreinnahmen nicht zur Eigenfinanzierung herangezogen werden könnten. Der Senat hat sich für Zinsmindereinnahmen entschieden und nicht für Steuermehreinnahmen. Reale Minderausgaben wurden gegen die Bedarfe angerechnet. Die 1,269 Millionen Euro müssen nicht im Jahr 2014 ausgegeben werden. Die Summe wird gegen die Assistenzleistungen gerechnet. Vorgesehen sind 2,8 Millionen Euro für die Assistenzleistungen, 1,15 Millionen Euro für die Schulsozialarbeit und 2,77 Millionen Euro für die Privatschulen. Die erforderlichen Mittel hinsichtlich der „Mobilbauten Ohlenhof“ seien in Absprache mit dem Finanzressort gesichert.

Herr Güngör bringt vor, dass im Bildungsbereich insgesamt höhere Bedarfe zu verzeichnen seien. Er merkt an, dass ein Eigenbetrag von 1,3 Millionen Euro unerfreulich, aber durchaus verkraftbar sei. Im Detail benötigen Privatschulen 2,76 Millionen Euro zusätzlich. Der Betrag für Assistenzen liegt bei 4,468 Millionen Euro. Der Eigenbetrag dürfe hier nicht „künstlich“ zum Sparbeitrag erklärt werden. Im Gegenteil werde die vom Senat getragene Gesamtverantwortung deutlich.

Frau Dogan spricht sich für die Vorlage aus. Sie findet es positiv, dass Mehrbedarfe anerkannt werden. Der Weg, der in der Vorlage beschrieben wird, sei an den Schulen nicht spürbar, da es zu keinen Kürzungen bzgl. der Unterrichtsversorgung komme.

Frau Schmidtke bekennt sich ebenso zu der Vorlage. Sie betont, dass jeder Bedarfswünsche hat, die in diesem Umfang aber nicht umgesetzt werden können. Daher sollte der Vorlage zugestimmt werden.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt geht noch einmal näher auf die angesprochenen Punkte ein. Sie versichert, dass man sich möglicher Risiken wie dem Gastschulgeld annehme. Sachthemen würden abgearbeitet, geklärt und gelöst. Der Bildungshaushalt werde deutlich erweitert. Das könne man nicht wegdiskutieren. Die Unterrichtsversorgung sei nicht negativ tangiert, die Assistenz werde abgesichert und auch die Schulsozialarbeit sichergestellt. Man müsse sich zwar der Kürzungen bewusst sein, handle aber in Gesamtverantwortung für den

Haushalt insgesamt, insbesondere unter Berücksichtigung des bundesweiten Blicks auf Bremen. Die vorgeschlagenen Lösungen seien vertretbar.

Die staatliche Deputation für Bildung folgt dem Beschlussvorschlag.

Die staatliche Deputation für Bildung stimmt der dargestellten Umsetzung des Kürzungsbetrages mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und Linke zu.

Die staatliche Deputation für Bildung stimmt den vorgelegten Nachbewilligungen für die Mehrbedarfe bei den Zuschüssen für Privatschulen sowie im Programm „Assistenz in Schule“ einstimmig zu.

Die staatliche Deputation für Bildung nimmt das Produktbereichscontrolling (September 2014) einstimmig zur Kenntnis.

TOP 3 Verschiedenes und Berichte

- Herr Dr. vom Bruch erinnert an die noch ausstehende Vorlage eines Berichtes zum CDU-Antrag „Ganztagsschulentwicklung in Bremen und Bremerhaven bedarfsorientiert und zeitgleich gestalten“. Herr Staatsrat Kück sichert eine Behandlung in der Februarsitzung zu.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt schließt die Sitzung der Deputation um 13:45 Uhr.